



Feindliche Nähe

Über die wechselseitige Radikalisierung zwischen Islamismus, Rechts- und Linksextremismus in Deutschland

Norman Siewert

- › Die liberale Demokratie wird wie nie zuvor durch Islamismus, Rechts- und Linksextremismus herausgefordert. Eine besondere Bedrohung besteht in dem wechselseitigen Spannungsverhältnis, in dem sich die drei Extremismen gegenseitig hochschaukeln.
- › Insbesondere der Gegensatz zwischen rechtsextremer Islamfeindlichkeit und radikalem Salafismus zum einen sowie zwischen linksextremem Antifaschismus und der extremen Rechten zum anderen befeuern seit 2014/15 die extremistische Radikalisierungsspirale – nicht nur in Deutschland.
- › Dabei beruht das Wechselverhältnis nicht nur auf Feindschaft, sondern auch auf Gemeinsamkeiten. So teilen sie anti-imperialistische, anti-modernistische und anti-universalistische Narrative. Konkret äußert sich dies in gemeinsamen Feindbildern wie die liberale Demokratie, die USA, der Kapitalismus und Israel bzw. die Juden.

Inhaltsverzeichnis

Die Demokratie im Spannungsdreieck der Extreme.....	2
„Kumulativer Extremismus“ zwischen islamfeindlichem Rechtsextremismus und Islamismus.....	3
Die Eskalationsdynamik zwischen Rechts- und Linksextremismus.....	5
Was tun?.....	6
Impressum	8

Die Demokratie im Spannungsdreieck der Extreme

Die Jahre 2014/15 stellen eine einschneidende Zäsur dar. Sie leiteten eine nachhaltige Trendwende in der Entwicklung der extremistischen Radikalisierung ein. Vor allem unter den Bedingungen der internationalen Krisen dieser Zeit sowie der wachsenden innenpolitischen Herausforderung durch populistisch-nationalkonservative Bewegungen in Deutschland und Europa vertiefte sich die Polarisierung der politischen Kulturen des Westens. Auf diesem Nährboden verschärfte sich die radikale Systemkritik. Gleichsam wuchs ein ungeahntes extremistisches Bedrohungspotential heran. Dieses äußerte sich nicht nur in den dschihadistisch-motivierten Terroranschlägen des „Islamischen Staates“, sondern schlug sich auch in einer Renaissance des Rechtsterrorismus sowie einem Aufwallen linksextremer Gewalt nieder. In Deutschland wurden 2014/15 in allen drei extremistischen Phänomenbereichen historische Höchststände der politisch motivierten Straftaten gemessen, die im Bereich „rechts“ im Jahr darauf sogar noch einmal übertroffen wurden.¹ Zwar ging die Zahl der Straf- und Gewalttaten im Ganzen genommen im Jahr 2017 deutlich zurück, doch die Gefährdungslage entspannte sich kaum. Das Aufkommen von Straf- und Gewalttaten verharrt seitdem weiterhin auf hohem Niveau. Vor allem aber das terroristische Potential seitens des Islamismus sowie des Rechtsextremismus ist nach wie vor enorm. Nicht zuletzt verzeichneten die radikalisierten Milieus seit 2014 einen ungebrochenen Zuwachs. Mit etwa 24.000 rechten, 29.500 linken und mindestens 25.810 islamistischen Extremisten (davon 10.800 Salafisten) wuchsen diese 2017 das dritte Jahr in Folge.

Das Bedrohungspotential der drei extremistischen Phänomenbereiche speist sich dabei längst nicht mehr nur aus der eigenen Stärke. Islamismus, Rechts- und Linksextremismus befinden sich längst in einem Prozess der gegenseitigen Radikalisierung und gewaltsamen Eskalation. Ihre Kraft und Bedeutung potenzieren sich dabei durch die Bezugnahme und Bekämpfung des ideologischen Gegners. Insbesondere zwischen islamfeindlichem Rechtsextremismus und Islamismus einerseits sowie zwischen links militantem Antifaschismus und Rechtsextremismus andererseits bestehen regelrechte Eskalationsspiralen, die zunehmend auch für die Demokratie eine ernstzunehmende Herausforderung darstellen.

Das gewachsene
extremistische
Radikalisierungs- und
Personenpotential
(2014–2017)

„Kumulativer Extremismus“ zwischen islamfeindlichem Rechts- extremismus und Islamismus

Im Februar 2018 errichtete die „Identitäre Bewegung Bayern“ in Regensburg dreißig Holzkreuze auf einem Moschee-Baufeld. Die Kreuze sollten an die Getöteten islamistischer Anschläge in Europa erinnern. Für Regensburg bedeute der Moscheebau, so die Kritik, „Politischer Islam“, „Hasspredigten“ und „fortschreitende Islamisierung“.² Zwischen muslimischer Glaubenspraxis und dschihadistischem Terrorismus wird somit eine direkte Verbindung gezogen. Der Protest wird gleichsam als Akt des Widerstandes inszeniert. Nicht zum ersten Mal machte die 2012 entstandene „Identitäre Bewegung Deutschland“ (IBD) durch provokative Aktionen im öffentlichen Raum auf sich aufmerksam. Zentraler Bezugspunkt ihres Handelns ist dabei stets die Bedrohung Europas durch „Islamisierung“ und Masseneinwanderung. Vor diesem Hintergrund versteht sich die Gruppierung selbst als patriotische europäische Jugendbewegung, die den Verlust der eigenen Identität nicht kampflos hinzunehmen bereit sei. Ihre ganze Symbolik und Sprache ist militant-kulturkämpferisch aufgeladen und strotzt vor Referenzen an die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Christen und Muslimen im Mittelalter.

Islamfeindlicher
„Widerstand“ am Bei-
spiel der „Identitären
Bewegung“

Die „Identitäre Bewegung“ steht beispielhaft für jüngste Entwicklungen im Rechtsextremismus. Heute ist die Islamfeindlichkeit, die im Kern pauschal die Wesensgleichheit von Islam und Islamismus behauptet, neben der Anti-Asyl-Agitation eines der wichtigsten Kampagnenthemen. Zwar sind die spezifischen Ausformungen der Islamfeindschaft, die von radikaldogmatischer Islam-Kritik bis zum rassistisch grundierten Anti-Muslimismus reichen, mitunter durchaus inkongruent. Dennoch entwickelte die antiislamische Grundannahme von einer identitätsbedrohenden und totalitären Gefahr enorme Kohäsionskräfte innerhalb der radikalisierten Rechten. Dabei schlägt die Islamfeindlichkeit eine Brücke vom (gewaltorientierten) Rechtsextremismus über den populistischen Nationalkonservatismus weit hinein in die Gesellschaft.

Finden islamfeindliche Bestrebungen spätestens seit 2011 regelmäßig Erwähnung in den Berichten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, so hat das gewalttätige Gefährdungspotential seit 2014 drastisch zugenommen. Insbesondere vor dem Hintergrund der „Flüchtlings- und Migrationskrise“ 2015/16 kam es in Deutschland deutlich häufiger zu Angriffen auf Muslime. Hinzu verschärften die Aktivitäten des IS und seiner Anhänger die akute Bedrohungswahrnehmung und verliehen dem Narrativ vom „Kriegszustand“ gegen den Islam scheinbare Glaubwürdigkeit. Als Reaktion hierauf und auf salafistische Aktionen wie die „LIES!“-Kampagne hatte sich beispielsweise im September 2014 die extrem gewaltbereite Gruppe „Hooligans gegen Salafisten“ (HoGeSa) gebildet.

Vorbildhaft für rechtsextreme *Counter-Dschihad*-Aktivitäten in Europa steht die bereits 2009 gebildete „English Defence League“ (EDL). Ihre Entstehungsgeschichte zeigt beispielhaft die radikalisierende Wechselwirkung zwischen islamistischen und rechtsextremen Milieus auf. Die EDL entstand nämlich im lokalen Kontext als Reaktion auf Provokationen von Mitgliedern der salafistischen Gruppierung „al-Muhajiroun“. An diesem und weiteren britischen Beispielen konnte schon frühzeitig und über Jahre hinweg das Phänomen des gegenseitigen Hochschaukelns islamistischer und islamfeindlicher Gruppierungen intensiv beobachtet werden.³ Dabei wurde ersichtlich, dass sich die Extremismen wechselseitig aufeinander beziehen und durch Provokation und Gegenprovokation an Rekrutierungs- und Mobilisierungsfähigkeit gewinnen. In Deutschland ist der Effekt des „kumulativen Extremismus“ wenigstens seit 2012 bekannt, als die „Pro“-Bewegung auf der einen Seite und radikale Salafisten auf der anderen wiederholt gegeneinander demonstrierten. Am Rande einer „Pro NRW“-Demonstration kam es in Bonn sogar zu gewaltsamen Ausschreitungen seitens gewaltbereiter Islamisten. Höhepunkt der Eskalation war der Fund eines Sprengsatzes am Bonner Hauptbahnhof im Dezember 2012

„Kumulativer
Extremismus“ in
Großbritannien und
Deutschland

sowie die Planung eines Mordanschlages auf den „Pro NRW“-Vorsitzenden einige Monate später.

Welche Dimensionen islamfeindlicher Rechtsextremismus zu erreichen im Stande ist, offenbarte sich schon 2011 mit dem Terroranschlag Anders B. Breiviks, bei dem 77 Menschen ermordet wurden. Breivik gab damals an, „im Auftrag meines Volkes [...] in Notwehr“ gehandelt zu haben.⁴ Richtete sich der Terror hier gegen die vermeintlichen Verursacher des muslimischen „Massenimports“, also gegen Vertreter der Regierungspartei, so zielte der rechtsterroristische Akt in Neuseeland im März 2019 direkt auf Muslime. Bei dem Anschlag auf zwei Moscheen in Christchurch starben fünfzig Menschen. Beide Attentäter teilen offenbar ein ähnliches ideologisches Gedankengerüst, bestehend aus Islamhass, apokalyptischer „Umvolkungs“-Paranoia und dem Wunsch, durch ihre Taten einen ethnischen Bürgerkrieg bzw. einen „Rassenkrieg“ auszulösen.

Umgekehrt spielt in der islamistischen Gedankenwelt die Auseinandersetzung mit islamfeindlichen Rechtsextremen eine vergleichbar große Rolle. Ähnlich dem „Islamisierungs“-Vorwurf dient das Bedrohungsszenario der in westlichen Gesellschaften allgegenwärtigen „Islamophobie“ sowohl der inneren Mobilisierung als auch als Türöffner in die Gesellschaft hinein. Haroro J. Ingram vom *International Centre for Counter-Terrorism – The Hague* (ICCT) spricht in diesem Zusammenhang vom „Jihadist ‚Responsibility to Protect‘“.⁵ Der IS erhob diesen Ansatz gleichsam zum strategischen Kern seiner Terrorkampagne in Europa. Zynischer Weise dienten Anschläge auch dazu, das Misstrauen und die Ablehnung gegenüber Muslimen noch zusätzlich zu schüren, um diese wiederum für die eigene Sache einzunehmen. Dabei spielte dem IS in die Hände, dass Anschläge tatsächlich regelmäßig eine signifikante Zunahme antiislamischer Aktivitäten nach sich zogen. Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen zudem, dass vor allem das Internet einen idealen Echoraum und Verstärker für die wechselseitige Radikalisierung darstellt.

Alles in allem lässt sich die Beziehung zwischen beiden Extremen als symbiotisch charakterisieren. „Beide benötigen die Gegenseite als Projektionsfläche, um ihre Radikalität zu rechtfertigen“, konstatiert eine Studie des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) von 2018.⁶ Dabei darf jedoch nicht außer Acht gelassen werden, dass die radikalisierenden Wirkmechanismen strukturell gleichartig sind – darunter zählen v.a.: dogmatische Weltanschauung, Verschwörungsdenken, radikale Freund-Feind-Kategorisierung, Viktimisierung und apokalyptisches Denken. Zudem lassen sich erhebliche ideologische und sozialpsychologische Schnittmengen identifizieren. So stellen anti-imperialistische, anti-modernistische und anti-universalistische Grundauffassungen wesentliche „Brückennarrative“ dar, entlang dieser sogar Kooperationen und Konversionen möglich sind.⁷ Mithin konstituieren diese eine prinzipielle Nähe zum Feind, die sich nicht zuletzt in gemeinsamen Feindbildern wie z.B. die USA äußert. In ähnlicher Weise gilt dieser komparative Befund auch für das Wechselverhältnis von Rechts- und Linksextremismus.

Islamfeindlicher Terrorismus

„Islamophobie“ als Kernelement isla- mistischer Rekrutie- rungs- und Mobilisie- rungsstrategien

Extremistische „Brückennarrative“

Die Eskalationsdynamik zwischen Rechts- und Linksextremismus

Auf die „Wechselwirkung zwischen Links- und Rechtsextremismus“ und das „sich hieraus ergebende Potential an erheblicher Gewalteskalation“ wies unlängst der frühere Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz hin.⁸ Standen diese beiden Phänomentypen spätestens seit den 1990er Jahren in einer gegenseitigen Beziehung aus Provokation, gewaltsamer Aktion und Reaktion, so hat sich die reziproke Radikalisierungs- und Eskalationsdynamik unter dem Eindruck der gegenwärtigen gesellschaftlichen Polarisierung wieder erheblich verstärkt. Mit dem Aufkommen der AfD seit 2013 und den GIDA-Demonstrationen ab 2014 avancierte der dezidiert gegen den „Rechtspopulismus“ gerichtete militante Antifaschismus zu einem der wichtigsten Kampagnenfelder im Linksextremismus. Vandalismus, Drohungen und sogar gewalttätige Aktionen gegen Anhänger der AfD bzw. „gegen rechts“ werden seitdem vermehrt als Akt des legitimen Widerstands gerechtfertigt. So hatte die AfD im Bundestagswahljahr 2017 deutlich mehr Übergriffe zu erdulden als andere Parteien. Besonders vor dem Hintergrund der während der „Flüchtlings- und Migrationskrise“ erstarkten Rechtsextremismus wurden die Wahlerfolge der Partei als bedrohliche Zäsur wahrgenommen. Das Bedrohungsszenario vom „Rechtsruck“ wird dabei immer wieder in eine emotional aufgeladene Analogie zum Machtantritt der NSDAP im Jahr 1933 gesetzt. Die Etablierung der AfD im politischen System wird überdies als Teilausschnitt eines globalen Siegeszuges populistisch-autoritärer und rechtsnationalistischer Bewegungen gewertet. Das antifaschistische Narrativ wirkt zunehmend radikalisiert und mobilisierend. Beispielhaft dafür stehen die Eskalationen der Anti-G20-Proteste in Hamburg 2017, die nicht zuletzt auch mit dem Hinweis auf das weltweite Erstarken von „Rechtspopulismus“ und Nationalismus gerechtfertigt wurden.

Furcht vor dem
„Rechtsruck“

Nicht zu übersehen ist, dass die extreme Linke hiermit an einen gesamtgesellschaftlichen historisch-politischen Konsens anknüpfen kann und somit auf vergleichsweise breite Akzeptanz in der Gesellschaft stößt. Gerade angesichts der jüngsten Radikalisierungstendenzen im rechtsextremen Spektrum kommt es in Politik und Medien wiederholt zu Sympathiebekundungen gegenüber militant-antifaschistischen Gruppen. Hierbei wird jedoch nicht nur übersehen, dass der autonome Antifaschismus dezidiert an antiliberalen Traditionen anknüpft. Auch wird der kumulative Radikalisierungseffekt des Linksextremismus in Bezug auf die extreme Rechte beträchtlich unterschätzt. Auf der anderen Seite des politischen Spektrums werden nämlich die Gefahren durch den Linksextremismus wiederum zur eigenen Mobilisierung instrumentalisiert.

Als z.B. im Januar 2019 der AfD-Bundestagsabgeordnete Frank Magnitz bei einem Angriff schwer verletzt wurde, verbreiteten bereits wenige Stunden nach der Tat Anhänger der AfD Fotos des Verletzten sowie hitzige Spekulationen über einen gezielten „Mordanschlag“ durch „Linksterroristen“ im Internet. Unverkennbar setzte die massive Medienkampagne der AfD auf die Selbstinszenierung als Opfer. Ihre harsche Kritik richtete sich sowohl gegen linksextreme Gewalt als auch gegen Medien und andere Parteien, die Gewalt „gegen rechts“ nicht nur verharmlosen sondern sogar befürworten würden. So sah es auch die „Identitäre Bewegung“, die wenige Tage nach den Ereignissen vor Medien- und Verlagsgebäuden sowie vor Parteibüros „gegen linke Gewalt“ protestierte. In ihrer extremen Wahrnehmung fühlten sich außerdem rechtsextremistische Parteien wie die NPD und „Der III. Weg“ bestätigt. In entsprechenden Stellungnahmen begründeten sie ihre radikale Ablehnung des Systems damit, dass das „Establishment mit linksradikalen Gewalttätern“ offen zusammenarbeiten würde.⁹

Der Fall „Magnitz“

Insbesondere vor dem Hintergrund der emotional aufgeheizten Debatte um die „Flüchtlings- und Migrationskrise“ seit 2015 hatte sich das Feindbild der gewaltorientierten „Antifa“-Gruppen zum bedrohlichen Narrativ einer regierungstreuen Schlägertruppe verdichtet, die „Merkel-Kritiker“ krankenhaushausreif schlage. Diese polemische Lesart findet inzwischen über

das extreme Lager hinaus weite Zustimmung. Das Bedrohungsszenario vom „Antifa“-Staat, der den Linksextremismus systematisch verharmlose, verhält sich hier spiegelbildlich zum „Rechtsruck“-Narrativ. Beide dienen als Türöffner in breite Bevölkerungsschichten und lassen sich nicht zuletzt für radikale Kritik am Staat und seinen Institutionen missbrauchen. Sie dienen außerdem der inneren Mobilisierung und Radikalisierung, indem sie einen Handlungsdruck im Angesicht eines schier übermächtigen Feindes aufbauen. Hierbei gilt genauso wie im Wechselverhältnis zwischen Islamismus und Rechtsextremismus: Je stärker der ideologische Widerpart erscheint, desto notwendiger wird die Selbstermächtigung zum „Widerstand“.

Was tun?

In letzter Konsequenz richtet sich die Feindschaft von Islamisten, Rechts- und Linksextremisten immer auch gegen die bürgerlich-liberale Demokratie, die revolutionär beseitigt und durch einen Staat mit notwendigerweise diktatorischen Entscheidungskompetenzen ersetzt werden muss, um die jeweiligen ideologisch-utopischen Vorstellungen umsetzen zu können. Der demokratische Verfassungsstaat und seine Organe stehen hinzu unter dem Verdacht, im Bunde mit dem ideologischen Todfeind zu sein. Die extremistische Selbstermächtigung zum Widerstand beruht wesentlich auf dem Gedanken, dass die staatliche Ordnung den Sicherheitsbedürfnissen der Eigengruppe entweder nicht gerecht werde oder diesen sogar zuwider handele.

Eine zielgerichtete Extremismusbekämpfung muss daher zunächst die antiliberale Stoßrichtung der drei wichtigen ideologisch-totalitären Denkströmungen gleichermaßen ernstnehmen. Der antiextremistische Grundkonsens muss in diesem Sinne die bedingungslose Grundvoraussetzung jedes politischen und zivilgesellschaftlichen Handelns sein – gerade auch von Präventions- und Deradikalisierungsprogrammen. Nicht zuletzt müssen die Sicherheitsbehörden den Anschein vermeiden, unterschiedliche Prioritäten in der Extremismusbekämpfung an den Tag zu legen. Glaubwürdige Äquidistanz zu den Extremen minimiert das Misstrauen radikalierungsgefährdeter Personen und kann zur Entschleunigung von Radikalisierungsprozessen beitragen.

Des Weiteren muss wissenschaftsbasierte demokratische Gegnerforschung die wechselseitigen Radikalisierungsmechanismen zwischen Islamismus, Rechtsextremismus und Linksextremismus noch stärker herausarbeiten, um so ein ganzheitliches und fundiertes Grundverständnis von dem aktuellen extremistischen Bedrohungspotential zu erhalten. Vor allem hinsichtlich des Linksextremismus besteht noch ein großer Mangel an Wissen und Erfahrung.

Schließlich gilt es anzumerken, dass die Einforderung antiextremistischer Äquidistanz nicht gleichbedeutend ist mit einer Verengung der Diskursfreiheit. Extremes Denken unterliegt, so es nicht strafbewehrt ist, der prinzipiellen Meinungsfreiheit. Zweifellos müssen radikalisierende apokalyptische Narrative hinterfragt und kritisiert werden. Dennoch tut die demokratische Öffentlichkeit gut daran, radikalen Meinungen und gezielten Provokationen mit Gelassenheit gegenüberzutreten. Zivile und staatliche Akteure sollten stärker auf die Integrations- und Harmonisierungswirkung des pluralistisch-kontroversen Willensbildungsprozesses vertrauen.

Extremistische
Feindschaft gegen die
liberale Demokratie

Stärkung des anti-
extremistischen
Grundkonsenses

Meinungsfreiheit
nicht begrenzen

- 1 Zu diesen und den nachfolgenden statistischen Angaben siehe Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) (Hg.), Politisch Motivierte Kriminalität im Jahr 2017. Bundesweite Fallzahlen, Berlin 2018, dasselbe (Hg.), Politisch Motivierte Kriminalität im Jahr 2016. Bundesweite Fallzahlen, Berlin 2017 sowie dasselbe (Hg.), Politisch Motivierte Kriminalität im Jahr 2015. Bundesweite Fallzahlen, Berlin 2016. Zum extremistischen Personenpotential siehe BMI (Hg.), Verfassungsschutzbericht 2017, Berlin 2018 sowie dasselbe (Hg.), Verfassungsschutzbericht 2015, Berlin 2016.
- 2 Siehe hierzu den Blog der „Identitären Bewegung“: <https://blog.identitaere-bewegung.de/identita-re-bewegung-bayern-moscheebau-in-regensburg/> [Zuletzt geprüft am 14.03.19].
- 3 Vgl. hierzu u.a. Matthew Feldman, From Radical-Right Islamophobia to ‚Cumulative Extremism‘. A Paper on the Shifting Focus of Hatred, 2012, abrufbar unter: https://www.safecampuscommunities.ac.uk/uploads/files/2016/08/faith_matters_islamophobia_report_requires_upload.pdf [14.03.19].
- 4 Anders Breivik vor Gericht am 17.04.2012, Zitat nach: Claus Leggewie, Anti-Europäer. Breivik, Dugin, al-Suri & Co. (= Schriftenreihe/Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 10046), Bonn 2017, S. 22 f.
- 5 Vgl. Haroro J. Ingram, Jihadist ‚Responsibility to Protect‘. Appeals: Propaganda Wars for the Moral High Ground, abrufbar unter: <https://icct.nl/publication/jihadist-responsibility-to-protect-appeals-propaganda-wars-for-the-moral-high-ground/> [15.03.19].
- 6 Vgl. Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) (Hg.), Hassliebe. Muslimfeindlichkeit, Islamismus und die Spirale gesellschaftlicher Polarisierung, Berlin 2018, S. 66.
- 7 Vgl. insbesondere David Meiering, Aziz Dziri, Naika Foroutan, Simone Teune, Esther Lehnert und Marwan Abou Taam, Brückennarrative – Verbindende Elemente in der Radikalisierung von Gruppen, PRIF-Report 7/2018, S. 10 ff.
- 8 Hans-Georg Maaßen, „Wechselwirkungen von Extremismen: Die aktuelle Sicherheitslage in Deutschland“, Rede von BfV-Präsident Dr. Hans-Georg Maaßen beim Mönchengladbacher Bündnis „Aufstehen! Für Menschenwürde – Gegen Rechtsextremismus“ am 23. Mai 2016, in: Bundesamt für Verfassungsschutz, <https://www.verfassungsschutz.de/de/oeffentlichkeitsarbeit/vortraege/rede-p-mg-buendnis-2016-05-23> [14.03.2019].
- 9 Vgl. NPD Berlin (Hg.), Im Fall Magnitz die richtigen Lehren ziehen – Gedanken eines Hauptstadtaktivisten, abrufbar unter: <https://www.npd-berlin.de/im-fall-magnitz-die-richtigen-lehren-ziehen-gedanken-eines-hauptstadtaktivisten/> [14.03.19]; vgl. Der III. Weg (Hg.), #Nazisraus, Magnitz und die Reaktionen auf sozialen Netzwerken, abrufbar unter: <https://der-dritte-weg.info/2019/01/nazisraus-der-fall-magnitz-und-die-reaktionen-auf-sozialen-netzwerken/> [14.03.19].

Impressum

Der Autor

Der Autor ist Mitglied im KAS-Arbeitskreis „Terrorismus und Innere Sicherheit“ sowie Promotionsstipendiat der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Nils Wörmer

Teamleiter Team Außen-, Sicherheits- und Europapolitik
Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit
T: +49 30 / 26 996-3802
nils.woermer@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 10907 Berlin

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., 2019, Berlin

Gestaltung: yellow too Pasiek Horntrich GbR

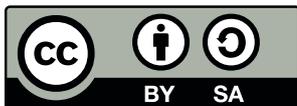
Satz: Janine Höhle, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Die Printausgabe wurde bei der Druckerei copy print Kopie & Druck GmbH, Berlin gedruckt.

Printed in Germany.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-95721-561-1



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)

Bildvermerk Titelseite

© blickwinkel, picture alliance